

MEDIENINFORMATION – 15. Oktober 2019

„Europäisch Denken – Regional handeln“ Brüsseler Erklärung der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Am 26. Mai haben die Bürgerinnen und Bürger ein neues Europäisches Parlament gewählt, das durch die RENEW EUROPE Fraktion eine starke liberale Stimme hat. In wenigen Wochen wird eine neue EU-Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen ihre Arbeit aufnehmen. Wenn wir jetzt die großen Herausforderungen annehmen – etwa die Folgen eines BREXIT, Handelsstreitigkeiten, Migration und Digitalisierung – können wir Europa groß machen – und die Populisten klein. Nutzen wir die Chancen, Europa zu erneuern, um Freiheit, Wohlstand und Zusammenhalt in Europa auch in Zukunft zu sichern.

1. Für ein starkes Europa

Freie Demokraten machen sich stark dafür, dass Europa weltpolitikfähig wird. Viele Aufgaben können heute nicht mehr national gelöst werden. Bei Verteidigung, Forschung, Umwelt-, Energie- und Klimapolitik braucht es ein starkes Europa. Gerade auch in der aktuell diskutierten Klimapolitik sind nationale Maßnahmen in der Regel wenig wirkungsmächtig. Es braucht eine internationale Strategie. Eine gemeinsame Haltung stärkt auch die Rolle der Europäischen Union in der globalen Debatte.

2. Für ein Europa der Bürger

Die Europäische Union benötigt aber auch institutionelle Reformen, um demokratische Teilhabe zu verbessern. Wir Freien Demokraten wollen daher das Europäische Parlament als vom Bürger gewählte Volksvertretung mit einem Initiativrecht stärken und die Kommission verkleinern. Den europäischen Regionen möchten wir mehr Beteiligungsrechte zubilligen und sie damit stärken. So sollten wir den Ausschuss der Regionen stärken. Der Bundesrat als Ländervertretung braucht ein eigenes Klagerecht. Denn Europa soll stärker von unten gestaltet werden. Dabei muss gerade Hessen als starke Region seine Stimme stärker in Europa einbringen, damit der Prozess schnell starten kann.

Wir Freie Demokraten im Hessischen Landtag wollen Europa dort stärken, wo nur eine gemeinsame europäische Lösung erfolversprechend ist. Andererseits sollen dem Subsidiaritätsgedanken folgend Entscheidungen den nationalen bzw. regionalen Parlamenten überlassen werden, die besser vor Ort gelöst werden sollen. Das ist gelebte Bürgernähe.

3. Für Freihandel

Freie Demokraten setzen sich ein für Multilateralismus. Hessen profitiert wie kaum eine andere europäische Region von der Europäischen Union und insbesondere vom gemeinsamen Binnenmarkt. Gerade deshalb sind die Entwicklungen beim Brexit und die sich zuspitzenden Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und der EU bzw. den USA und China für Hessen bedeutsam. Wir wollen einen freien Handel weitestgehend ohne Hemmnisse. CETA muss schnell ratifiziert werden. Wenn sich die politischen Verhältnisse in den USA wieder ändern, sollte es einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den USA geben. Wir wollen eine positive europäische Grundstimmung für freien Handel schaffen.

4. Für eine Kapitalmarktunion und einen starken Finanzplatz Frankfurt

Aus Sicht der Freien Demokraten im Hessischen Landtag braucht es stärkere Anstrengungen zur Vollendung des Binnenmarktes im Bereich der Kapitalmarktunion. Frankfurts Bedeutung als das Finanzzentrum Europas wird nach einem Brexit weiter wachsen, umso wichtiger erscheint es uns, alle möglichen Maßnahmen zu treffen, um den Finanzplatz Frankfurt gegenüber der Konkurrenz innerhalb und außerhalb der EU zu stärken. Daher lehnen wir eine Finanztransaktionssteuer (FTT) ab und fordern bei der Reform der MiFid-Bestimmungen Regelungen zu beseitigen, die den EU-Derivatemarkt fragmentieren und die Effizienz und Stabilität des Finanzplatzes gefährden. Schaffen wir in Hessen auch die Human Resources für den Finanzplatz der Zukunft!

5. Für einen Digitalen Binnenmarkt

Den Wettbewerb mit den großen Internet-Mächten wird Europa nur gemeinsam bestehen können. Daher braucht Europa eine gemeinsame Kraftanstrengung für eine Digitalisierungsoffensive und eine echte „Digitalunion“, einen vollintegrierten digitalen Binnenmarkt. Dazu benötigen wir in Deutschland und Europa endlich dematerialisiertes Recht. Luxemburg etwa ist uns hier weit voraus. Die großen Infrastrukturvorhaben, etwa 5G, gehen wir besser gemeinsam an. Auch die mobile Kommunikation muss grenzüberschreitend ohne Frequenzänderung möglich sein. Wir streben eine gemeinsame europäische Plattform nach dem estnischen Modell „X-Road“ an, in der jeder Bürger eine digitale Identität erhält und über die etwa Geschäfte, Verträge und Behördenkommunikation nach dem "Only Once Prinzip" stattfinden kann. Dabei wird der sichere Datentransfer und der Datenaustausch über gemeinsame Datenbanken gewährleistet. Datenflüsse sind grenzüberschreitend. Schaffen wir mit der digitalen Freiheit die fünfte europäische Freiheit!

6. Für eine kritische Überprüfung der Ausgaben

Die Europäische Union steht derzeit in den Beratungen zum sog. Mehrjährigen Finanzrahmen für die nächste Förderperiode 2021-2027. Auch das Land Hessen profitiert von europäischen Fördermitteln, etwa beim ESF, EFRE und EGFL sowie bei der Forschungsförderung. Mit dem Ausscheiden Großbritanniens würde die Finanzierung des europäischen Haushalts deutlich schwieriger werden. Das erfordert von allen Akteuren (Kommission, Europäisches Parlament und Mitgliedsstaaten) eine Evaluierung und Nejustierung der Ausgaben. Die dann entstehenden Lasten sollten fair verteilt werden. Wir Freie Demokraten im Hessischen Landtag wollen diejenigen Förderinstrumente beibehalten, die einen europäischen Mehrwert erzeugen.

7. Für GB als Teil des europäischen Gedankens

Wir Freie Demokraten bedauern das Ergebnis des Brexit Referendums und unterstützen die von den Liberal Democrats angeführten proeuropäischen Stimmen in Großbritannien, die einen Brexit, mindestens jedoch einen NO-DEAL Brexit, noch verhindern wollen. Zwischen Hessen und Großbritannien bestehen seit Jahrzehnten starke menschliche Bindungen und ebenso starke

wirtschaftliche Beziehungen. Diese sollten auch nach einem Brexit weiterbestehen. Hessen hat ein großes Interesse, dass die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Großbritannien und der EU so gestaltet werden, dass die vielen bestehenden Handelspartnerschaften auch weiter existieren können und nicht abbrechen. Gerade deshalb muss das zukünftige Verhältnis zu Großbritannien auf eine solide rechtliche Grundlage gestellt. Streben wir eine EUplus an, ein Europa, das auch nach einem Ausscheiden GBs, stark mit diesem kooperiert. Wir wollen daher im Großen ein umfassendes Freihandelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien, etwa auf Basis von CETA. Wir wollen aber auch im Kleinen ein Zusammengehörigkeitsgefühl schaffen – etwa indem wir für junge Menschen in der EUplus die Möglichkeit bieten, eine Schule zu besuchen. Das Ziel muss es bleiben, die Verbindung zu GB aufrechtzuerhalten und den europäischen Gedanken in Zukunft zu stärken.